

Finanzausgleichsverhandlungen im Gesundheitssystem

Johannes Rauch macht bei Reformen Druck auf Länder.

WIEN – Sozial- und Gesundheitsminister Johannes Rauch (Die Grünen) macht im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen massiven Druck bei Reformen. „Wenn wir das nicht schaffen, bleibt alles, wie es ist. Und das ist eine gefährliche Drohung“, sagte er Ende Juni in einem Hintergrundgespräch. Derzeit versuche er „wie ein Irrer“, alle Beteiligten – vor allem die Bundesländer – davon zu überzeugen, strukturelle Änderungen auf den Weg zu bringen.

Ohne Investitionen werde auch die Qualität des Gesundheitssystems leiden, warnte Rauch. Er appellierte an die Länder, Verständnis für Reformen aufzubringen. „Wenn das nicht zustande kommt, dann ist das zum Schaden der Patienten“, so der Gesundheitsminister. „Es wird auf die staatspolitische

Verantwortung der Landeshauptleute ankommen.“ Auch zeitlich sieht Rauch Druck: „Die Geschichte muss heuer abgeschlossen und beschlossen werden.“

Von Kärntens Gesundheitsreferentin Beate Prettner (SPÖ), derzeit auch Vorsitzende der Landesgesundheitsreferenten, kam zwar Unterstützung für die von Gesundheitsminister Rauch eingemahnte staatspolitische Verantwortung. Allerdings sei diese Verantwortung in erster Linie von Rauchs Koalitionspartner und dort allen voran von Finanzminister Magnus Brunner einzufordern, meinte sie.

„Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, aber wir zahlen einen hohen Preis dafür“, betonte Rauch ein weiteres Mal. Inhaltlich pocht der Gesundheitsminister auf die Stärkung des niedergelassenen Bereichs, worauf man sich bereits mit den Ländern grundsätzlich geeinigt habe. Es brauche etwa zusätzliche Kassenstellen vor allem in der Primärversorgung, mehr Angebote zu den Randzeiten und den Ausbau von Fachambulanzen in den Spitälern. **DT**

Quelle: www.medinlive.at

Wenn wir das nicht schaffen, bleibt alles, wie es ist. Und das ist eine gefährliche Drohung [...]



EU-Pharmapaket für Medikamentenversorgung

Einbindung nationaler Interessengruppen sichert koordinierte Vorgehensweise.

WIEN – Sichere, leistbare und wirksame Medikamente für alle: Das ist das Ziel des EU-Pharmapakets, das die Europäische Kommission vorgelegt hat. Es soll Innovation fördern und Anreize setzen, Forschung und Produktion wieder stärker in Europa anzusiedeln. „Der aktuelle Medikamentenmangel zeigt deutlich die Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen. Das Problem betrifft alle EU-Staaten gleichermaßen. Es ist auch nur auf europäischer Ebene wirklich lösbar“, ist Gesundheitsminister Johannes Rauch überzeugt. „Ein hervorragendes Gesundheitssystem ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Österreich ist ein sehr stark aufgestellter Pharmastandort in der EU. Der Bundesregierung ist es wichtig, den Pharmastandort weiter zu stärken. Dabei spielen Forschung und Produktion eine zentrale Rolle, denn nur durch eine enge Verzahnung beider Bereiche können Unternehmen innovative Lösungen entwickeln und gleichzeitig eine zuverlässige Versorgung sicherstellen. Durch Investitionen in

Forschung und durch Innovationsschutz sichern wir langfristig nicht nur den Standort, sondern auch die Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit und hochwertige Arbeitsplätze. Innovation in Form von besseren und neuartigen Arzneimitteln kommt allen Patientinnen und Patienten zugute“, so Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.

Gemeinsam gegen Arzneimittelknappheit

Österreich will bei den Verhandlungen die Bereitstellung von sicheren, wirksamen und leistbaren Arzneimitteln für alle erreichen. Dazu sollen Anreize für die Pharmazeutische Industrie gesetzt werden, die Produktion auch wieder nach Europa zu verlegen. Neue gesetzgeberische Maßnahmen sollen dort greifen, wo medizinische Bedarfe nicht gedeckt sind.

In jüngster Zeit kam es in ganz Europa zu besorgniserregenden Engpässen bei bewährten Arzneimitteln. Die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist deshalb zentrales Element des EU-Pharmapakets. Um Engpässe in Österreich in Zukunft zu vermeiden, bereitet das Gesundheitsministerium parallel auch eigene Maßnahmen vor, um die Reserven von Medikamenten und Wirkstoffen in Österreich deutlich zu erhöhen. Dazu laufen bereits Gespräche mit allen beteiligten Stakeholdern. **DT**

Quelle: BMSGPK



Semmelweis Institut für Infektionsforschung

Projekt nimmt konkrete Formen an.



WIEN – In Österreich ist die Expertise zum Thema Infektionskrankheiten auf eine Vielzahl an Stellen verteilt. Wie viele Probleme das Fehlen eines eigenen Kompetenzzentrums für Infektionskrankheiten mit sich bringt, hat die Coronapandemie eindrücklich gezeigt. Ende 2021 wurde schließlich das neue Ignaz Semmelweis Institut (ISI) angekündigt, in dem die Expertise in diesem Bereich gebündelt werden soll. Mittlerweile nimmt das von fünf Unis getragene Institut konkrete Formen an.

Ziel des ISI ist es, zum zentralen österreichischen Institut zur Erforschung von Infektionskrankheiten zu werden. Man plane nicht, einen „One-Stop-Shop für Pandemien“ zu etablieren, betont MedUni-Wien-Rektor Markus Müller. Aber: „Sollte wieder einmal ein Infektionsnotfall auftreten, hätte man am ISI relevante und gebündelte Infektionsexpertise an einem Ort und könnte auf sie auch zugreifen – von Fragen der Datenverarbeitung über Testmöglichkeiten bis zu internationaler Vernetzung.“

Träger des ISI sind jene vier Unis, die Medizinstudien anbieten (Medizin-Unis Wien, Graz, Innsbruck, Uni Linz), und die Veterinärmedizinische Universität. Die Kernstruktur des ISI soll an der MedUni Wien angesiedelt sein. Auch eine interimistische Leitung gibt es mit der Professorin für Infektionsbiologie Silvia Knapp bereits, im Laufe des kommenden Jahres soll dann laut Müller eine definitive Leitung bestellt werden. **DT**

Quelle: www.medinlive.at

Weiterarbeiten in der WFF-Pension

Pensionsantrittsbestimmungen sollen angepasst werden.



WIEN – In vielen Diskussionen zwischen den Landes Zahnärztekammer-Mitgliedern und Ozren Marković, Finanzreferent der Landes Zahnärztekammer für Wien und Vizevorsitzender des Wiener Wohlfahrtsfonds, werden Vorschläge zur Verbesserung des Wohlfahrtsfonds erörtert. Ein großes Anliegen der Zahnärzteschaft ist die Anpassung der Pensionsantrittsbestimmungen. Derzeit müssen alle Anstellungen und Kassenverträge beendet werden, bevor man in WFF-Pension gehen darf. Auf Initiative des Finanzreferenten beschäftigt sich der Verwaltungsausschuss (VWA) aktuell intensiv mit diesem Thema und einer künftigen Lösung. Der VWA hat beschlossen, der Erweiterten Vollversammlung ein neues Modell der „Ruhensbestimmungen“ zu empfehlen. Demnach soll es möglich werden, den Pensionsbezug ab Erreichen des 65. Lebensjahres zu erhalten, auch wenn Kassenverträge oder zahnärztliche Anstellungen aufrecht sind. Davon unberührt bleibt die Regelung für die Inanspruchnahme der Altersversorgung vor Erreichen des 65. Lebensjahres und die damit verbundenen Abschlüsse.

Endgültig beschlossen soll die Regelung im Dezember 2023 werden, sodass sie mit 1.1.2024 in Kraft treten könnte. **DT**

Quelle: Landes Zahnärztekammer Wien